

ZUKUNFTSFORUM
POL



106 | 2011

Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf

Muslimen in der
deutschen Gesellschaft –
eine Zielgruppe der
politischen Bildung?



ISBN 978-3-942775-10-6

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

5	I. DIE AUSGANGSLAGE
9	II. DER ISLAM IM LEBEN DER MUSLIMISCHEN MIGRANTEN
11	III. LEBEN IN DEUTSCHLAND
14	IV. EINSTELLUNGEN ZUR DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHEN INSTITUTIONEN
17	V. INDIKATOREN DES POLITISCHEN WISSENSSTANDS
20	VI. PARTEIPRÄFERENZEN VON MUSLIMEN
26	VII. KONSEQUENZEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG
28	DER AUTOR
28	ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-942775-10-6

I. DIE AUSGANGSLAGE

Ging man bis vor kurzem von etwa 3,1 Millionen Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland aus, so kommen neuere Schätzungen auf deutlich höhere Werte. Die im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz entstandene Studie *Muslimisches Leben in Deutschland* schätzt die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Muslime (mit ausländischer und deutscher Staatsangehörigkeit) zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Menschen.¹ Der mittlere Wert liegt etwa bei vier Millionen Bürgern.

Die weit überwiegende Mehrzahl dieser Personen – etwa 2,6 Millionen oder 65 Prozent (mittlerer Wert) – sind Zuwanderer aus der Türkei oder deren Nachkommen. Nach dieser aktuellsten Schätzung ist die absolute Zahl der Bürger türkischer Herkunft im Vergleich zu früheren Schätzungen annähernd gleich geblieben; die geschätzte Gesamtzahl der Muslime hat sich aber erhöht. Die Differenz beruht auf einer genaueren Schätzung. Frühere Schätzungen gingen davon aus, dass die Zuwanderung nach Deutschland proportional zur religiösen Zusammensetzung im Herkunftsland erfolgte. Diese Annahme war jedoch falsch. Aus einigen Ländern mit niedrigen Anteilen von Muslimen wanderten vor allem die Muslime nach Deutschland.

Ein großer Teil der muslimischen Bürger lebt bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland. Das trifft vor allem auf Zuwanderer aus der Türkei bzw. deren Nachkommen zu. Circa eine Million von ihnen besitzt die deutsche

Staatsbürgerschaft; die verbleibenden 1,6 Millionen erfüllen zu 80 Prozent die Anforderungen zur Einbürgerung. Die Zahl der Deutschen türkischer Herkunft wächst schnell, da sie erstens überdurchschnittlich große Familien haben und zweitens derzeit jährlich zwischen 30.000 und 40.000 Türken die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Das Tempo der Einbürgerungen hat sich damit zwar gegenüber der Jahrtausendwende, als 60.000 bis 80.000 Bürger türkischer Herkunft eingebürgert wurden, deutlich verlangsamt. Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund stellen aber bei den Einbürgerungen immer noch die mit Abstand größte Gruppe.

Mit dem Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft sind aber keineswegs alle Probleme der Integration gelöst. Wenn auch die weit überwiegende Mehrheit der hier lebenden muslimischen Bürger – ob mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft – besser integriert ist als gemeinhin angenommen², so sind doch auch problematische Entwicklungen sichtbar. Allerdings wäre es völlig falsch, die öffentliche Diskussion allein auf die Probleme zu verengen. Zweifellos sind Zwangsehen oder so genannte Ehrenmorde nicht hinnehmbar und zeigen, dass mitten in Deutschland sehr archaische Wertvorstellungen existieren, die in scharfem Widerspruch zu den Werten der Mehrheitsgesellschaft stehen. Die Fokussierung auf diese Themen erzeugt aber ein Klima, dass vor allem hoch gebildete Migranten dazu bewegt, Deutschland zu verlassen. Gegenüber der Türkei weist Deutschland inzwischen einen negativen Wanderungssaldo auf. Damit geht ein Potenzial verloren, auf das Deutschland eigentlich nicht verzichten kann.

Die Politik hat sich vor allem seit 2005 der Integrationsproblematik zugewandt. Bis dahin hatten sich SPD und Grüne zwar oberflächlich stärker um Zuwanderer bemüht als die CDU, was sich in entsprechenden Wahlergebnissen niedergeschlagen hat (s. weiter unten). Die besondere Problematik dieser Bevölkerungsgruppe haben aber auch diese Parteien nicht zur Kenntnis genommen oder die Probleme sogar als Teil einer gewollten multikulturellen Gesellschaft ins Positive gedeutet. In dieser Lücke konnten sich islamische Organisationen und Verbände ausbreiten, die auf die speziellen Bedürfnisse der muslimischen Bürger eingehen. Sie beraten z.B. bei Problemen mit Behörden, übernehmen die islamische Unterweisung von Kindern oder sind in vielfältiger Weise karitativ tätig. Einige islamische Organisationen in Deutschland sind aber fundamentalistisch ausgerichtet und nutzen ihren Spielraum, um dieses Gedankengut zu verbreiten.

Erst nach der Bundestagswahl 2005 wurden Änderungen in der Integrationspolitik eingeleitet. Die Deutsche Islam Konferenz hat unter Leitung des Bundesministeriums des Inneren mit den muslimischen Verbänden und weiteren prominenten Vertretern einen erfolgreichen gesellschaftlichen Dialog aufgebaut und ist zu konstruktiven Ergebnissen gelangt.³ Und in mehreren Integrationsgipfeln wurden unter der Leitung der Staatsministerin Professor Dr. Maria Böhmer zahlreiche Initiativen zur Verbesserung der Integration auf den Weg gebracht.

Es ist jedoch weiterhin notwendig, Strategien zu entwickeln, um Integrationsdefizite aufzuarbeiten und fundamentalistischen Strömungen den Boden zu entziehen. Eine zentrale Komponente innerhalb dieser Strategien sind Maßnahmen der politischen Bildung. Ziel muss eine verstärkte Identifikation mit der Demokratie und den sie tragenden Institutionen sein.

Um zielgerichtete Angebote zu entwickeln, ist es zunächst notwendig, die religiösen, gesellschaftlichen und politischen Einstellungen muslimischer Bürger zu kennen. Im Folgenden wird deshalb zunächst ein Überblick über die empirische Datenlage gegeben. Dieser Überblick stützt sich neben anderen, jeweils angegebenen Quellen vor allem auf Daten des ALLBUS 2008⁴, der auch die Frage nach der Religionszugehörigkeit enthielt. Wegen der großen Gesamtzahl von ca. 3.500 Personen waren 111 Muslime in der Umfrage vertreten. Dabei handelte es sich ausschließlich um deutschsprachige Muslime, so dass die Ergebnisse unter Umständen nicht für Muslime ohne Kenntnisse der deutschen Sprache gelten.

Im ALLBUS wird nicht nach dem Herkunftsland, sondern nach der Staatsbürgerschaft gefragt. Danach besitzen 46 Prozent der Muslime die türkische und 30 Prozent die deutsche Staatsbürgerschaft. Da Türken die mit Abstand größte Gruppe bei den Einbürgerungen stellen, weist der ALLBUS eine ähnliche Verteilung auf wie die Daten des Innenministeriums. 13 Prozent kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien, vorwiegend Bosnien.

- 1| *Sonja Haug / Stephanie Müssig / Anja Stichs: Muslimisches Leben in Deutschland, im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg 2009.*
- 2| *Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf: Türken in Deutschland I – Einstellungen zu Staat und Gesellschaft. Arbeitspapier Nr. 53/2001, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin. Türken in Deutschland II – Individuelle Perspektiven und Problemlagen. Arbeitspapier Nr. 60/2002, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.*
- 3| *Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.): Drei Jahre Deutsche Islam Konferenz 2006 bis 2009, Berlin 2009.*
- 4| *ALLBUS steht für Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften. Es handelt sich dabei um eine ca. 3.500 Personen repräsentative umfassende Umfrage, die regelmäßig alle zwei Jahre durchgeführt wird.*

II. DER ISLAM IM LEBEN DER MUSLIMISCHEN MIGRANTEN

Die Religion spielt im Leben der Muslimen eine nicht unerhebliche Rolle. Der Islam greift auch bei weniger religiösen Muslimen viel stärker als das Christentum in das Alltagsleben ein.

Von den Muslimen in Deutschland bekennen sich drei Viertel zur sunnitischen Glaubensrichtung, 13 Prozent zur alevitischen Richtung und sieben Prozent zur schiitischen Richtung. Die übrigen Glaubensrichtungen liegen jeweils unter zwei Prozent.¹

Bei den türkischstämmigen Bürgern ist der Anteil der Sunniten etwas (77 Prozent), der Anteil der Aleviten deutlich höher (17 Prozent). Zur schiitischen Glaubensrichtung bekennen sich ca. zwei Prozent.

Unabhängig von Alter, Geschlecht und individueller religiöser Praxis wird der Religion eine vergleichsweise hohe subjektive Bedeutung zugemessen. Sakrales und Profanes wird nicht getrennt. Die muslimische Religion ist dadurch insgesamt und nicht nur durch die vorgeschriebenen Regeln und die familiäre Bindung an die Tradition des Herkunftslands alltagswirksamer.

Allerdings sind bei weitem nicht alle Muslime sehr religiös. 36 Prozent stufen sich als sehr stark gläubig ein. 50 Prozent halten sich für eher gläubig.² Es gibt allerdings gewisse

Hinweise, dass in der Selbsteinschätzung nur die sehr stark gläubige Gruppe eine starke Bindung an den Islam aufweist.

An Aktivitäten, die der sozialen Kontrolle unterliegen wie die Teilnahme an Ramadan oder an religiösen Festen, beteiligen sich die Muslime zwar mit großer Mehrheit. Hierbei handelt es sich aber um Aktivitäten, die ganz wesentlich dem sozialen Austausch dienen (z.B. das Fastenbrechen). Im Bereich des privaten religiösen Verhaltens werden die religiösen Vorschriften wesentlich lockerer gehandhabt. Nur 34 Prozent der Muslime beten täglich. Das mehrmalige tägliche Beten gehört zu den fünf Säulen des Islam und hat damit im Prinzip für Muslime verpflichtenden Charakter.

Man kann somit davon ausgehen, dass etwa ein Drittel der Muslime sehr religiös ist.

Insgesamt prägt der Islam jedoch das Alltagsleben seiner Anhänger – auch der weniger religiösen – deutlich stärker als dies bei Christen der Fall ist (Feste, Lebenspartner, Speisevorschriften). Das Fastenbrechen und insbesondere das Zuckerfest werden auch von weniger religiös gebundenen Migranten gefeiert. Für die überwiegende Mehrheit der muslimischen Bevölkerung ist – unabhängig von ihrer religiösen Bindung – muslimisches Essen, muslimisches Personal und die Einrichtung von Gebetsräumen in Krankenhäusern und Altersheimen wichtig.³

Die Zahl der Moscheebesucher sinkt in den jüngeren Altersgruppen kontinuierlich, und zwar unabhängig von der politisch-religiösen Ausrichtung des Trägervereins. Die zweite Generation besucht zu zwei Dritteln überhaupt keine Moscheen. Lediglich ein Drittel dieser Generation ist in Vereinen organisiert. Religiös-kulturelle Vereine liegen in der Beliebtheit deutlich hinter den dominierenden allgemeinen Sportvereinen.

1| Haug u.a., a.a.O., S. 97 (Angaben gerundet).

2| Haug u.a., a.a.O., S. 141 f.

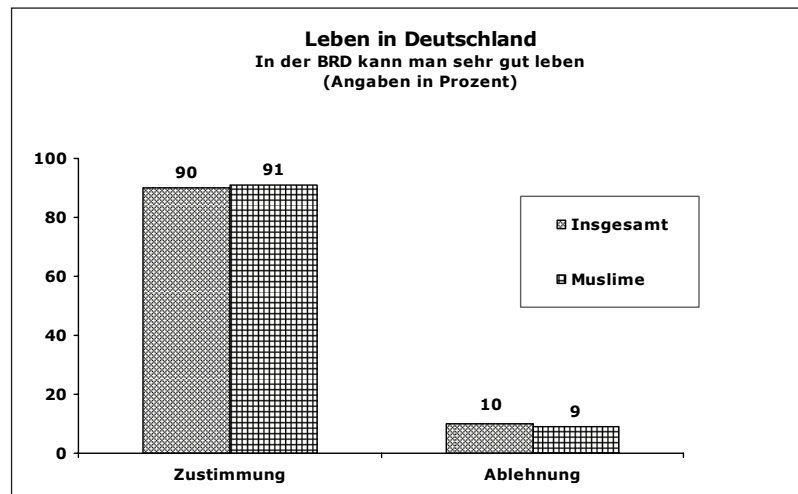
3| Susanne Worbs, Prof. Dr. Friedrich Heeckmann: *Islam in Deutschland: Aufarbeitung des gegenwärtigen Forschungsstandes und Auswertung eines Datensatzes zur zweiten Migrantengeneration. Studie i.A. de BMI, in: Islamismus, Texte zur inneren Sicherheit, Hrsg. Bundesministerium des Inneren, Berlin 2004, S. 133-220. hier s. S. 143-148 und S. 179-184.*

III. LEBEN IN DEUTSCHLAND

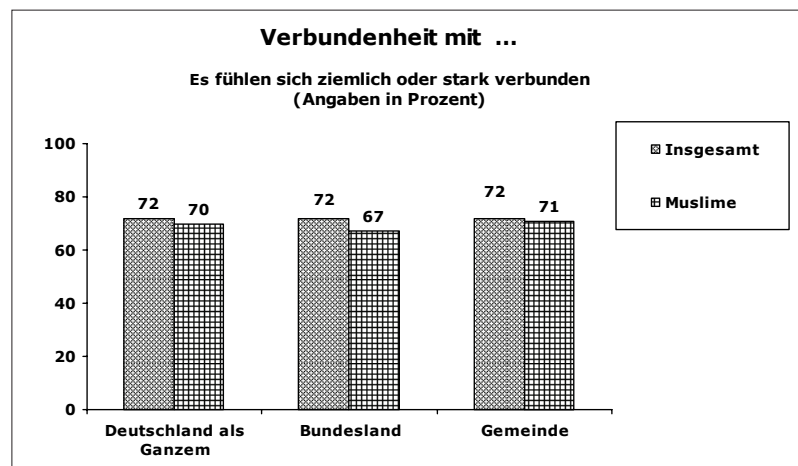
Schon in den beiden Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung von 2001 und 2002 war das damals überraschend positive Deutschlandbild der hier lebenden türkischstämmigen Bürger festgestellt worden. Diese Ergebnisse werden – bezogen auf Muslime insgesamt – inhaltlich durch die Daten des ALLBUS bestätigt. Die hier lebenden Muslime fühlen sich überwiegend sehr wohl in Deutschland und leben gern hier. Der Antwortvorgabe „In Deutschland kann man sehr gut leben“ stimmten 91 Prozent von ihnen zu. Diese außerordentlich positive Einschätzung unterscheidet sich nur marginal von der Meinung der Bevölkerung insgesamt (vgl. Abbildung S. 12 oben).

Deutschland ist für die Muslime zur Heimat geworden, der man sich verbunden fühlt. Ca. 70 Prozent fühlen sich Deutschland verbunden. Nahezu ebenso stark ist die Verbundenheit mit dem Bundesland und mit dem Ort, in dem man lebt. Die Muslime unterscheiden sich in dieser Frage nur unwesentlich von der Bevölkerung insgesamt.

Diese Ergebnisse widersprechen dem in manchen Medien gezeichneten Bild von muslimischen Parallelgesellschaften, die vor allem auf ihr Herkunftsland bzw. das ihrer Eltern oder Großeltern bezogen sind. Muslime leben gern in Deutschland, fühlen sich offenbar hier wohl und haben in den langen Jahren ihrer Anwesenheit eine starke emotionale Beziehung zu Deutschland entwickelt (vgl. Abbildung S. 12 unten).



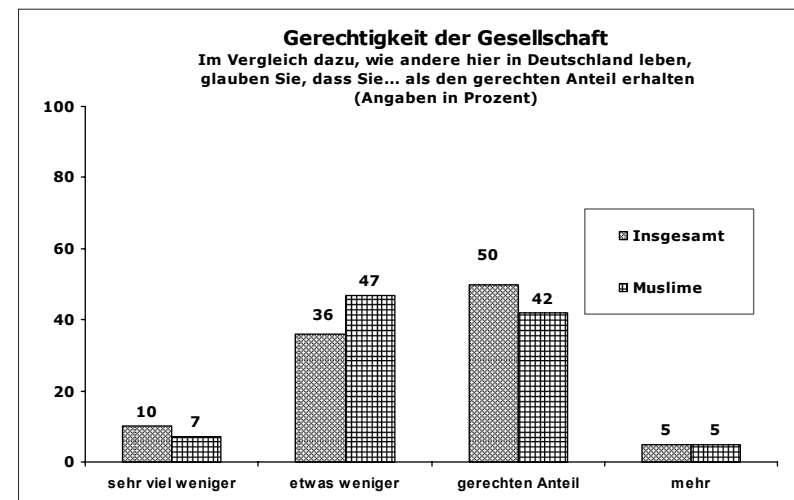
Quelle: ALLBUS 2008, eigene Berechnungen



Quelle: ALLBUS 2008, eigene Berechnungen

Trotz des positiven Gesamtbilds gibt es unter den Muslimen etwas stärkere Gefühle der Benachteiligung als in der Gesellschaft insgesamt. Im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Gruppen ist fast die Hälfte der Muslime der Meinung, etwas weniger als den ihnen zustehenden Anteil zu erhalten (Gesamtbevölkerung: 36 Prozent). Allerdings sind diese Gefühle der Benachteiligung nicht sehr stark ausgeprägt: Nur sieben Prozent (Gesamtbevölkerung zehn Prozent) sind der Ansicht, sehr viel weniger als den ihnen zustehenden Anteil zu erhalten. Immerhin fast die Hälfte (47 Prozent) meint, den gerechten Anteil oder sogar mehr zu erhalten.

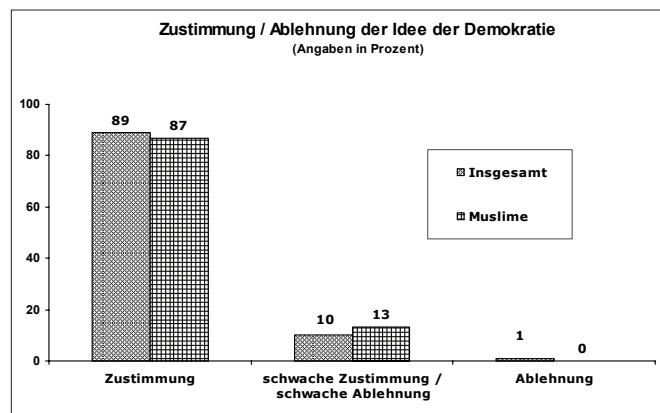
Schwache Benachteiligungsgefühle sind bei Muslimen also vorhanden. Sie führen aber nicht zu einer ablehnenden Haltung gegenüber der deutschen Gesellschaft.



Quelle: ALLBUS 2008, eigene Berechnungen

IV. EINSTELLUNGEN ZUR DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHEN INSTITUTIONEN

Die politische Ordnung in Deutschland findet bei Muslimen großen Rückhalt. Die Idee der Demokratie wird von 87 Prozent der Muslime stark oder sehr stark unterstützt. Eine deutliche Ablehnung findet sich nur bei einem Prozent. Damit hat die Demokratie bei Muslimen nahezu den gleichen Rückhalt wie in der Gesamtbevölkerung.

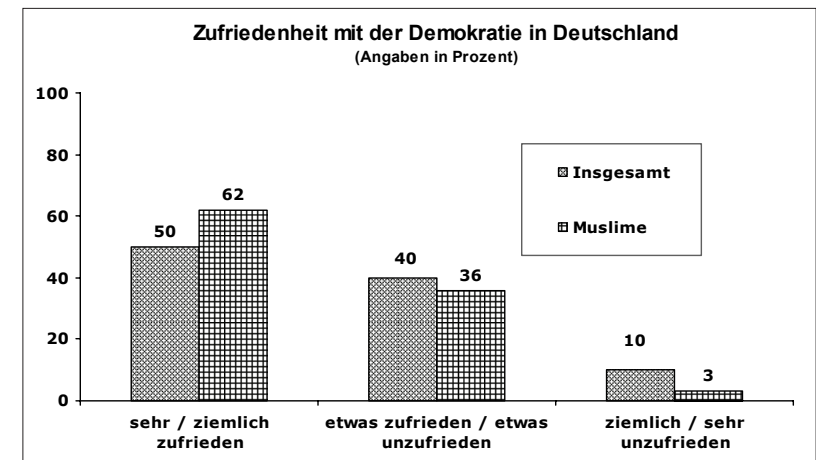


Quelle: ALLBUS 2008, eigene Berechnungen

Mit der Demokratie in Deutschland sind Muslime deutlich zufriedener als die Bevölkerung insgesamt. 62 Prozent der Muslime äußern sich sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie in Deutschland, aber nur 50 Prozent der Bevöl-

kerung insgesamt sind dieser Meinung. Ziemlich oder sehr unzufrieden äußern sich nur drei Prozent der Muslime (Gesamtbevölkerung zehn Prozent) und 36 Prozent (40 Prozent) wollen sich sowohl in der einen wie auch in der anderen Richtung nicht deutlich positionieren.

Insgesamt genießt die Demokratie unter Muslimen ein höheres Ansehen als in der Gesamtbevölkerung. Über die Gründe kann man nur spekulieren. Möglicherweise ziehen sie Vergleiche mit ihren Herkunftsländern und dabei schneidet Deutschland offenbar gut ab.



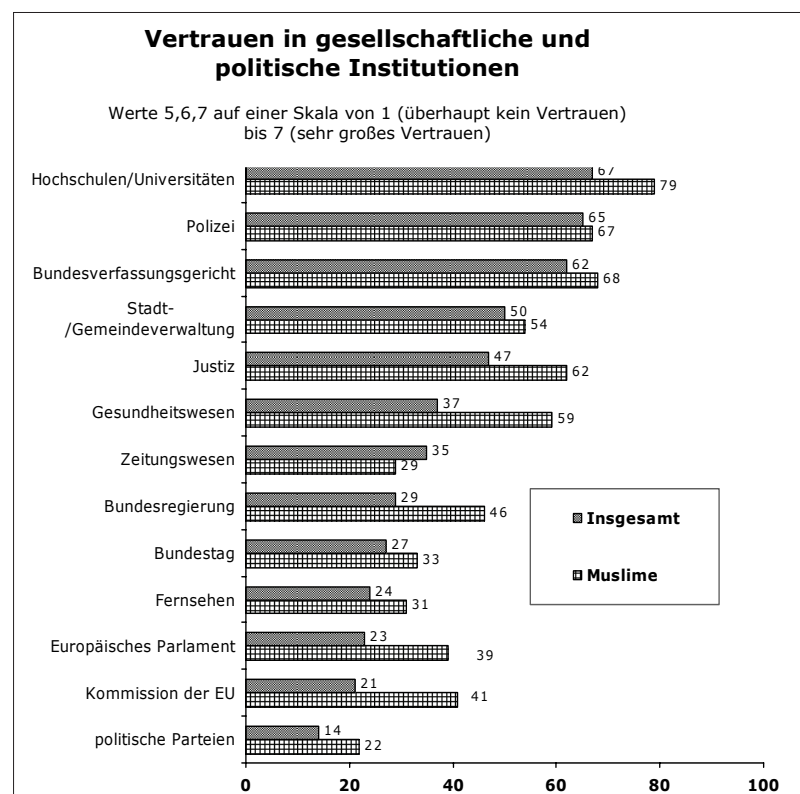
Quelle: ALLBUS 2008, eigene Berechnungen

Die positive Einschätzung setzt sich in der Bewertung politischer und gesellschaftlicher Institutionen fort.

Das größte Vertrauen (Listenvorgabe) genießen die deutschen Hochschulen, das Bundesverfassungsgericht, die Polizei sowie die Justiz, denen zwischen 62 und 79 Prozent der Migranten Vertrauen entgegenbringen. Im mittleren Bereich befinden sich das Gesundheitswesen, Stadt-/Gemeindeverwaltungen, die Bundesregierung, die Kommission der EU und das Europäische Parlament. Das geringste Vertrauen setzen die Migranten in den Bundestag, das Fernsehen, das Zeitungswesen und die politischen Parteien.

Fast durchgängig bewerten Muslime die vorgegebenen Institutionen positiver als die Bevölkerung insgesamt (Ausnahme: Zeitungswesen). Die Reihenfolge der Institutionen, geordnet nach der Höhe des entgegengebrachten Vertrauens, unterscheidet sich nicht wesentlich von der Gesamtbevölkerung. Lediglich für zwei Institutionen ergeben sich in der Rangfolge bei Muslimen und der Gesamtbevölkerung Unterschiede von mehr als zwei Rangplätzen. Deutlich schlechter platziert ist das Zeitungswesen (12. gegenüber 7. Rangplatz), besser platziert ist die Kommission der EU (8. gegenüber 12. Rangplatz).

Insgesamt zeigen die Daten bei Muslimen eine sehr positive Einstellung gegenüber der gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland und ihren tragenden Institutionen.



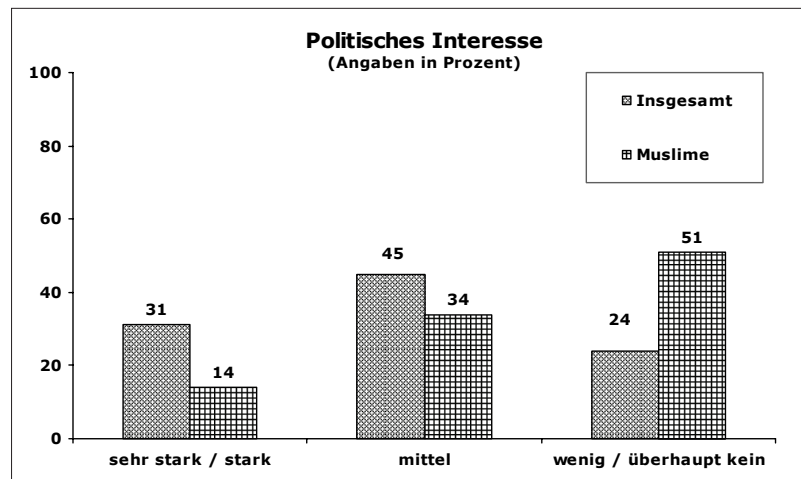
Quelle: ALLBUS, eigene Berechnungen

V. INDIKATOREN DES POLITISCHEN WISSENSSTANDS

Es ist bekannt, dass die schulische Bildung bei Muslimen schlechter ist als im Durchschnitt der Bevölkerung. Der Anteil der Personen ohne Schulabschluss liegt bei 14,8 Prozent, in der Gesamtbevölkerung dagegen nur bei 6,9 Prozent.¹ Über eine hohe Schulbildung verfügt nur ein gutes Drittel der Muslime (Bevölkerung insgesamt: 42,2 Prozent). Diese Bildungsdefizite erklären den deutlichen Mangel an politischem Grundwissen zum Teil. Dazu scheint aber auch ein gewisses Desinteresse an der deutschen Politik zu kommen (siehe Abbildung Seite 18 oben).

Dementsprechend schwach ausgeprägt ist bei Muslimen auch das Interesse an Politik. Nicht einmal ein 14 Prozent von ihnen bekunden starkes oder sehr starkes politisches Interesse. Über die Hälfte interessiert sich wenig oder überhaupt nicht für Fragen der Politik (mittel: 34 Prozent). In der Gesamtbevölkerung ist das politische Interesse wesentlich stärker ausgeprägt.

Vor diesem Hintergrund sind keine vertieften politischen Allgemeinkenntnisse zu erwarten. Von dem politischen Spitzenpersonal konnte allein die Bundeskanzlerin von einer Mehrheit der Muslime der richtigen Partei zugeordnet werden. Jeder Vierte war dazu nicht in der Lage.



Quelle: ALLBUS 2008, eigene Berechnungen

Bei Gregor Gysi und Kurt Beck konnte nicht einmal ein Drittel der Muslime die Parteimitgliedschaft. Die korrekte Parteimitgliedschaft von Guido Westerwelle, Renate Künast und Ursula von der Leyen war noch wesentlich unbekannter.

Korrekte Zuordnung bzw. Unkenntnis der Parteizugehörigkeit von:
(in Klammern: weiß nicht)

	Muslime	Gesamtbevölkerung
Angela Merkel	73 (26)	91 (7)
Gregor Gysi	32 (65)	75 (21)
Kurt Beck	31 (63)	74 (20)
Guido Westerwelle	28 (66)	78 (17)
Renate Künast	21 (78)	67 (26)
Ursula von der Leyen	16 (76)	58 (30)

Quelle: ALLBUS 2008, eigene Berechnungen

Diese Bild setzt sich fort, wenn weitere grundlegende politische Wissensfragen gestellt werden. Immerhin konnte bei der Frage nach dem Wahlgeheimnis noch fast die Hälfte der Muslime aus einer vorgegebenen Liste die richtige Antwort ankreuzen. Die Fragen, was der Begriff repräsentative Demokratie bedeutet, wer die Richtlinienkompetenz besitzt und durch wen der Kanzler bzw. die Kanzlerin gewählt wird, konnte nicht einmal jeder Fünfte korrekt beantworten.

Korrekte Beantwortung bzw. Unkenntnis der Fragen
(mit Antwortvorgabe):
(in Klammern: weiß nicht)

	Muslime	Gesamtbevölkerung
Was bedeutet der Begriff „Wahlgeheimnis“?	48 (34)	77 (9)
Was bedeutet der Begriff „repräsentative Demokratie“?	18 (62)	48 (35)
Wer verfügt über die so genannte Richtlinienkompetenz?	14 (74)	27 (52)
Durch wen wird der Kanzler der Bundesrepublik gewählt?	14 (46)	49 (17)

Quelle: ALLBUS 2008, eigene Berechnungen

1| Haug u.a., a.a.O., S. 211

VI. PARTEIPRÄFERENZEN VON MUSLIMEN

Regelmäßig wird nach Wahlen über das Wahlverhalten der eingebürgerten Zuwanderer spekuliert, wobei sich das Interesse vor allem auf die türkischstämmigen Deutschen konzentriert. Neben den Spätaussiedlern erreicht allein diese Gruppe eine für Wahlausgänge relevante Größenordnung.

Alle Aussagen über das Abstimmungsverhalten der eingebürgerten Türken bei Bundestagswahlen beruhen jedoch auf sehr unsicheren Grundlagen. Entgegen dem in der Presse häufig erweckten Eindruck gibt es nämlich keine genauen Daten über eingebürgerte Muslime.

Die meisten vorliegenden Studien beziehen sich auf die Parteipräferenzen türkischstämmiger Bürger. Da diese den größten Teil der Muslime in Deutschland stellen, weicht das Verhalten der gesamten Muslime nicht wesentlich von dem der türkischstämmigen Bürger ab. Exakte Daten über das konkrete Abstimmungsverhalten der türkischstämmigen Deutschen bei Bundestagswahlen gibt es nicht. Die repräsentative Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes erfasst nur die Merkmale Alter und Geschlecht. In den Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen und von Infratest wird nicht nach einer früheren Staatsangehörigkeit gefragt. Bei der Konfession wird allein zwischen katholisch, evangelisch und keine/sonstige unterschieden. So ist es nicht möglich, die Zugehörigkeit zum muslimischen Glauben als Ersatzmerkmal heranzuziehen.

Wahlabsicht

	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grüne %
1999 Wüst	9	63	4	17
2001 (v. Wilamowitz-Moellendorff) (eigene Umfrage)	12	60	5	17
2002 Wüst	9	63	4	17
2004 Zentrum für Türkeistudien	18	57	5	17
2008 Zentrum für Türkeistudien	9	67	1	12
2008 (v. Wilamowitz-Moellendorff) (ALLBUS-Daten)	15	65	0	15

So ist man auf Umfragen und plausible Hochrechnungen angewiesen. Die Umfragen zeigen ein relativ einheitliches Bild. Im Jahr 2002 legte Andreas Wüst¹ eine Studie mit Daten von 1999 vor. Grundlage bilden eine eigene Untersuchung unter Neubürgern in Heidelberg sowie Daten des Politbarometers (Forschungsgruppe Wahlen), in denen zwischen Februar und Dezember 1999 u. a. nach der Staatsangehörigkeit bei der Geburt gefragt worden war.

Die überwiegende Mehrheit, nämlich 63 Prozent, neigte der SPD zu, 17 Prozent präferierten die Grünen, neun Prozent die Union und vier Prozent die FDP.²

In der Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung unter Türken in Deutschland von 2001 hätten sich 55 Prozent der Befragten für die SPD entschieden und 16 Prozent für die Grünen. Die CDU/CSU wäre auf 14 Prozent gekommen.³ Nach dem Essener Zentrum für Türkeistudien haben sich bei der Bundestagswahl 2002 60 Prozent der türkischstämmigen Deutschen für die SPD entschieden, 17 Prozent für die Grünen, 12 Prozent für die CDU/CSU und fünf Prozent für die FDP.⁴

Im Vorfeld der Europawahl 2004 wollten 57 Prozent für die SPD stimmen, 18 Prozent für CDU/CSU, 17 Prozent für die Grünen und fünf Prozent für die FDP.⁵

Die letzte Mehrthemenumfrage von 2008 des Essener Zentrums unter türkischstämmigen Migranten zeigte wiederum ein sehr ähnliches Bild: 67 Prozent würden die SPD wählen, neun Prozent die CDU/CSU, zwölf Prozent die Grünen und elf Prozent die Linken.⁶

Die Parteipräferenzen der eingebürgerten Türken sind also in der Vergangenheit relativ stabil gewesen; sie bevorzugen konstant mit deutlicher Mehrheit die SPD. Zwischen 1999 und 2008 erreichte die SPD bei dieser Gruppe gut 60 Prozent. Die CDU/CSU liegt zwischen neun und 18 Prozent.

Angesichts der im Zeitablauf relativ hohen Konstanz in den Wahlabsichten der türkischstämmigen Bürger ist es keine Überraschung, dass auch die Daten des ALLBUS 2008 zu sehr ähnlichen Ergebnissen kommen. Schließlich stellen die türkischstämmigen Bürger den weitaus größten Anteil unter den Muslimen.

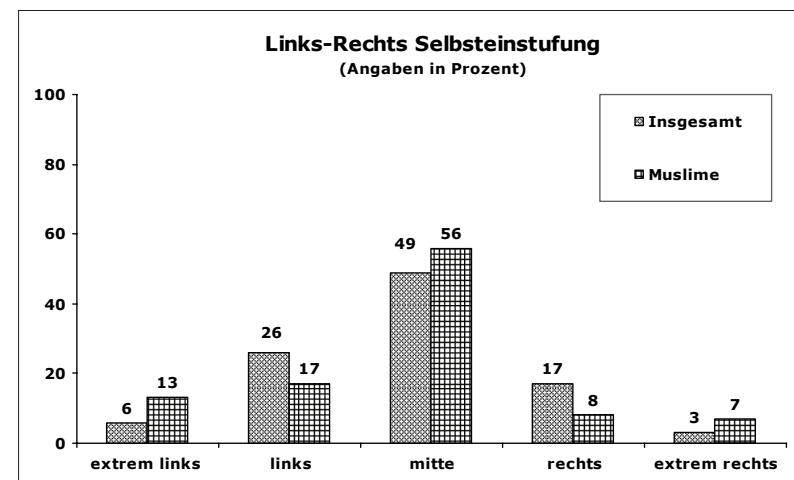
15 Prozent der Muslime würden danach die CDU/CSU wählen, 65 Prozent die SPD, 15 Prozent die Grünen und vier Prozent die Linken.

Das mögliche Potenzial der Parteien unter Muslimen ist naturgemäß größer als es die aktuelle Wahlabsicht ausdrückt. Wenn die Befragten auf einer Skala von 1 (sehr unwahrscheinlich) bis 10 (sehr wahrscheinlich) ankreuzen, wie wahrscheinlich es ist, dass sie eine bestimmte Partei jemals wählen würden, dann wäre es für 21 Prozent der Muslime mehr oder weniger wahrscheinlich, jemals die CDU/CSU zu wählen. Für 70 Prozent käme die SPD in Frage, die FDP für 29 Prozent, die Grünen 53 Prozent und die Linke 23 Prozent.

Die geringe Zahlenbasis erlaubt es nicht, das Potenzial der CDU/CSU weiter aufzugliedern. Weitere Erkenntnisse lassen sich deshalb nur auf indirektem Weg gewinnen, nämlich indem man die Einstellungen der Personen untersucht, die die CDU/CSU stark ablehnen. Auf der von 1 bis 10 reichenden Skala stehen die Werte 1 und 2 für die extrem starke Ablehnung einer Partei. Betrachtet man ausschließlich diese beiden Werte, kommt man zu folgenden Ergebnissen:

Die CDU/CSU stößt bei 47 Prozent der Muslime auf sehr starke Ablehnung, die SPD nur bei 16 Prozent. Die FDP zu wählen halten 42 Prozent für äußerst unwahrscheinlich, die Grünen 31 Prozent und die Linken 65 Prozent.

Es stellt sich die Frage, warum eine Volkspartei wie die CDU/CSU, die in der Gesamtbevölkerung nur von 29 Prozent der Bürger stark abgelehnt wird, bei den Muslimen auf derart starke Vorbehalte stößt. Ideologische Vorbehalte sind es offenbar nicht. Im ideologischen Links-Rechts Spektrum stufen sich Muslime zwar etwas häufiger als die Gesamtbevölkerung sowohl auf der extrem linken als auch auf der extrem rechten Position ein. Über die Hälfte von ihnen fühlt sich aber der ideologische Mitte zugehörig.



Quelle: ALLBUS 2008, eigene Berechnungen

Die Muslime, bei denen die CDU/CSU auf extrem starke Ablehnung stößt, fühlen sich im ideologischen Spektrum ebenfalls mehrheitlich (52 Prozent) der Mitte zugehörig.

Oberflächlich scheinen die Parteipräferenzen der Muslime schwer nachvollziehbar. Sie sind – zumindest mehrheitlich – nicht linksorientiert und neigen in ihren gesellschaftlichen Einstellungen (z.B. zur Familie) eher konservativen Positionen zu. Trotzdem bevorzugen sie mit hoher Konstanz die SPD. Hier rächt sich, dass die CDU diese Personen über Jahrzehnte hinweg vernachlässigt hat. Die Arbeitsmigranten der 1960er

und frühen 1970er Jahre wurden überwiegend durch ein gewerkschaftlich geprägtes und damit SPD-nahes Umfeld betreut. Die starke Stellung der SPD im Zeitverlauf deutet darauf hin, dass sich hier ein parteinahes Milieu herausgebildet hat, das für die Union nur schwer erreichbar ist.

Heute ist zwar etwa die Hälfte der Muslime nicht erwerbstätig, doch scheinen die Prägungen fortzuwirken. Nicht Erwerbstätige lehnen die Union mit 57 Prozent sogar stärker ab als die erwerbstätigen Muslime (44 Prozent) ab.

Eine besonders starke Ablehnung erfährt die Union im Arbeitermilieu. Insgesamt fühlen sich 54 Prozent der Muslime der Arbeiter- oder Unterschicht zugehörig, 42 Prozent der Mittelschicht. Von den Muslimen, die die CDU/CSU sehr stark ablehnen, rechnen sich 70 Prozent der Arbeiter- und Unterschicht zu, und nur 26 Prozent fühlen sich der Mittelschicht zugehörig.

Auf die größten Vorbehalte stößt die Union somit bei den Muslimen, die sich der Arbeiter- und Unterschicht zugehörig fühlen oder die nicht erwerbstätig sind.

Dagegen deuten – mit aller Vorsicht – die Daten des ALLBUS nicht darauf hin, dass sich die Ablehnung der CDU/CSU auf religiöse Motive gründet. Die Häufigkeit des Moscheebesuchs ist zwar bei Muslimen nur ein schwacher Indikator für religiöse Bindung, da er durch die Religion nicht zwingend vorgeschrieben wird. Dennoch kann man davon ausgehen, dass sehr religiöse Muslime häufiger in die Moschee gehen als weniger religiöse.

20 Prozent der Muslime gehen mindestens einmal im Monat in die Moschee. Von denen, die die Union stark ablehnen, gehen lediglich 15 Prozent regelmäßig in die Moschee.

Die starke Ablehnung der Union unter den Muslimen scheint somit eher ein soziales als ein religiöses Problem zu sein. Vor allem Muslime aus den unteren sozialen Schichten lehnen die Union vehement ab. Offenbar hat sich hier seit Beginn der Arbeitsmigration ein SPD-nahes Milieu herausgebildet. Da zudem ihr Interesse an Politik sehr schwach ausgeprägt ist, dürften sie rationalen Argumenten nur schwer zugänglich sein. Über die Hälfte der Muslime interessiert sich nicht für Politik; starkes politisches Interesse bekunden lediglich 14 Prozent.

Das derzeit maximal erreichbare Potenzial der Union liegt unter Muslimen bei etwa 21 Prozent. Bei diesem Potenzial scheint es sich eher um beruflich aktive und gesellschaftlich etablierte Personen zu handeln.

- 1/ *Andreas Wüst, Wie wählen Neubürger, Opladen 2002. In der Untersuchung wird auch das Wahlverhalten von Neubürgern anderer Herkunftsländer erfasst.*
- 2/ *Wüst, 2002, S. 190 (ohne k.A.; eigene Umrechnung).*
- 3/ *Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff: Türken in Deutschland I – Einstellungen zu Staat und Gesellschaft. Arbeitspapier Nr. 53/2001, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin. Türken in Deutschland II – Individuelle Perspektiven und Problemlagen. Arbeitspapier Nr. 60/2002, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin*
- 4/ *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. November 2002.*
- 5/ *Zentrum für Türkeistudien, Essen, Mai 2004.*
- 6/ *Sauer, M.: Türkische Migranten in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland: Lebenssituation und Integrationsstand S. 265, Essen 2009 (<http://www.zft-online.de/UserFiles/File/NRW-Mehrthemenbefragung%202008.pdf>).*

VII. KONSEQUENZEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG

Der kurze Überblick über das vorliegende Datenmaterial hat gezeigt, dass die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen von Muslimen – nicht zuletzt durch die Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung – vergleichsweise umfangreich erforscht wurden. Insgesamt stehen Muslime der deutschen Gesellschaftsordnung und den demokratischen Institutionen aufgeschlossen und positiv gegenüber. Demokratieablehnende oder demokratiefeindliche Einstellungen lassen sich empirisch nicht bestätigen.

Allerdings offenbaren sich bei Muslimen bei Fragen nach allgemeinen politischen Fragen und nach grundlegenden Prinzipien der Demokratie erhebliche Wissenslücken. Ihre positive Einstellung zur Demokratie beruht offenbar auf einer eher emotionalen Grundlage. Sie fühlen sich wohl in Deutschland und schreiben das der Staatsform zu. Eine rein emotionale Beziehung ist aber in der Regel wenig belastbar. Die Muslime haben sich bisher nicht rational mit den Grundlagen der Demokratie auseinandergesetzt. Damit fehlt eine auf Wissen beruhende Unterstützung der Demokratie.

Hier müssen erfolgversprechende Maßnahmen ansetzen. Wissen über politische Zusammenhänge zu vermitteln, ist die ureigenste Aufgabe der politischen Bildung. Damit wird politische Bildung auch zu einer wichtigen Maßnahme praktischer Integrationspolitik. Demokratie braucht politische

Bildung, aber politische Bildung kann nur erfolgreich sein, wenn die Zielgruppe – in diesem Fall muslimische Bürger – sie akzeptiert und annimmt.

Allerdings interessieren sich Muslime wenig für Politik, was es den Trägern politischer Bildungsmaßnahmen schwer macht, diese Gruppe zu erreichen. Daher sollte versucht werden, durch niedrigschwellige Angebote verstärkt Migranten für Veranstaltungen zu begeistern. Dazu könnten neue Veranstaltungsformate entwickelt werden wie z.B. Kultur trifft Politik (politische Diskussion mit Kabarett) oder Lesungen von Autoren mit Migrationshintergrund.

Auch über vermehrte Kooperationen mit muslimischen Organisationen können Teilnehmer für politische Bildungsmaßnahmen gewonnen werden. Dies können Unternehmensverbände oder Akademikerverbände, aber auch Moscheevereine sein.

DER AUTOR

Dr. Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Hauptabteilung Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff
Bildungszentrum Schloss Eichholz der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Urfelder Str. 221
50389 Wesseling
Telefon: +49(0)-22 36-707-33 86
E-Mail: ulrich.wilamowitz@kas.de*

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplare geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

E-Mail: bestellung@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzfristige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im
Gesundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern
- 90 | Die Entzauberung der Extremisten? – Erfolgsbedingungen der NPD
im internationalen Vergleich

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 91 | Schöpfungsglaube und Evolutionsbiologie
- 92 | Der „zweite Frühling“ der NPD – Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei
- 93 | Die Freien Wähler in Deutschland – Geschichte – Strukturen – Leitlinien
- 94 | „Die Linke“ – Entstehung – Geschichte – Entwicklung
- 95 | Prävention bis ins hohe Alter
- 96 | „Die Linke“ – Bündnis- und Koalitionspolitik der Partei
- 97 | „Die Linke“ – Politische Konzeptionen der Partei
- 98 | Rechts- und Linksextremismus in Deutschland – Wahlverhalten und Einstellungen
- 99 | „Impulse 2020“ – Akzente zukünftiger deutscher Außenpolitik
- 100 | Obama und das Internet – Tipps für den modernen Internetwahlkampf
- 101 | Soziale Gesundheitswirtschaft – Ordnungsrahmen für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem
Englische Ausgabe: The Social Health Economy – A Regulatory Framework for a Healthcare System to meet the Challenges of the Future
- 102 | Innovative Ansätze im Krankenhaussektor – Best-Practice-Beispiele
- 103 | Herausforderungen der Bioethik
- 104 | Väter zwischen Karriere und Familie

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 105 | Freiheit oder Sozialismus – *nur als Online-Publikation erhältlich*
- 106 | Muslime in der deutschen Gesellschaft – eine Zielgruppe der politischen Bildung?